

CLAIMS RESOLUTION TRIBUNAL

[Inoffizielle Übersetzung des englischen Originaltextes]

In re Holocaust Victim Assets Litigation
Aktenzeichen: CV96-4849

Überwiesener Auszahlungsentscheid

zu Gunsten der Ansprecherin [ANONYMISIERT 1] und
den Ansprecherinnen [ANONYMISIERT 2] und [ANONYMISIERT 3],
beide vertreten durch Ansprecherin Sylvie Bokshorn

betreffend das Konto des Kontoinhabers Julius Dembitz

Geschäftsnummern: 218030/MBC; 218031/MBC; 218035/MBC

Zugesprochener Betrag: 47'400.00 Schweizer Franken

Grundlage des vorliegenden Auszahlungsentscheids sind die von den Ansprecherinnen [ANONYMISIERT 1] („Ansprecherin [ANONYMISIERT 1]“), [ANONYMISIERT 2] („Ansprecherin [ANONYMISIERT 2]“) und [ANONYMISIERT 3] („Ansprecherin [ANONYMISIERT 3]“) (zusammen, die „Ansprecherinnen“) eingereichte Anspruchsanmeldungen betreffend das Konto des Julius Dembitz (der „Kontoinhaber“) beim [ANONYMISIERT] (die „Bank“).

Alle Auszahlungsentscheide werden veröffentlicht. Hat jedoch ein Ansprecher, wie im vorliegenden Fall, um Geheimhaltung gebeten, werden die Namen des Ansprechers, jeglicher Verwandten des Ansprechers, mit Ausnahme des Kontoinhabers und der Bank anonymisiert.

Von den Ansprecherinnen eingereichte Informationen

Die Ansprecherinnen reichten je eine Anspruchsanmeldung ein und führten aus, es handle sich beim Kontoinhaber um ihren Verwandten, Julius Dembitz. Ansprecherinnen [ANONYMISIERT 2] und [ANONYMISIERT 3] identifizierten sich als zwei von Julius Dembitz' drei Kindern, während Ansprecherin [ANONYMISIERT 3] sich als die Enkelin dieses dritten Kindes, [ANONYMISIERT], identifizierte. Die Ansprecherinnen identifizierten Julius Dembitz als Ingenieur und Aktieninhaber einer ungarischen Elektrofirma, der am 9. Oktober 1873 in Budapest, Ungarn, geboren wurde und von 1928 an in Budapest gelebt hatte. Die Ansprecherinnen führten aus, Julius Dembitz sei mit Ilona Dembitz, geb. Berliner, verheiratet gewesen, mit der er drei Kinder gehabt habe: [ANONYMISIERT], [ANONYMISIERT 2] (Ansprecherin [ANONYMISIERT 2]), die am 23. Dezember 1910 geboren wurde, und [ANONYMISIERT 3] (Ansprecherin [ANONYMISIERT 3]), die am 26. März 1914 geboren

wurde. Die Ansprecherinnen führten aus, [ANONYMISIERT] habe zwei Töchter gehabt, [ANONYMISIERT] und [ANONYMISIERT], die beide verstorben seien, und Ansprecherin [ANONYMISIERT 1], die am 30. April 1959 geboren wurde, sei [ANONYMISIERT]‘ einzige Enkelin.

Die Ansprecherinnen führten zudem aus, Julius Dembitz sei jüdisch gewesen und sei dazu gezwungen worden, von 1944 bis 1945 in speziell für Juden vorgesehenen Häusern zu wohnen, und er sei später dazu gezwungen worden, in einem Ghetto zu wohnen. Gemäss den von den Ansprecherinnen eingereichten Informationen überlebte Julius Dembitz den Krieg und verstarb 1951 in Ungarn.

Zum Nachweis ihrer Ansprüche reichten die Ansprecherinnen unter anderem Geburtsurkunden und Trauscheine ein, aus denen ersichtlich ist, dass die Eltern der Ansprecherinnen [ANONYMISIERT 2] und [ANONYMISIERT 3] und die Urgrosseltern der Ansprecherin [ANONYMISIERT 1] Julius (Gyula) und Ilona Dembitz waren.

Aus den Bankunterlagen ersichtliche Informationen

Die Bankunterlagen bestehen aus Dokumenten, die von der Bank mit Bezug auf eine Bestandesaufnahme von nachrichtenlosen Konten in den 50er und 60er-Jahren zusammengestellt wurden, und Auszügen aus der Datenbank der Bank. Aus diesen Unterlagen geht hervor, dass der alleinige Kontoinhaber Julius Dembitz, Ing., war, der in Budapest lebte, und dass Ilona Dembitz (die „Bevollmächtigte“) Bevollmächtigte dieses Kontos war. Aus den Bankunterlagen geht nicht hervor, um was für eine Kontoart es sich handelte, und sie enthalten auch keinen Hinweis darauf, dass der Kontoinhaber oder seine Erben das Konto aufgehoben und das Kontoguthaben selber erhalten haben.

Aus den Bankunterlagen ist ersichtlich, dass das Konto 1928 eröffnet wurde und 1973 als aufgehoben betrachtet wurde. Gemäss den Bankunterlagen betrug das Kontoguthaben 1959 117.00 Schweizer Franken und am 15. November 1963 93.50 Schweizer Franken. Aus den Bankunterlagen geht hervor, dass der letzte Kontakt mit dem Kontoinhaber 1939 erfolgte. Aus den Bankunterlagen geht nicht hervor, wann genau das Konto aufgehoben wurde oder wer das Kontoguthaben erhalten hat.

Erwägungen des CRT

Zusammenfassung der Ansprüche

Gemäss Artikel 43(1) der Verfahrensregeln können Ansprüche, die auf das gleiche oder auf miteinander verbundene Konten eingereicht wurden, nach Ermessen des CRT in einem Verfahren zusammengefasst werden. Im vorliegenden Fall erachtet es das CRT als angemessen, die Ansprüche der Ansprecherinnen in einem Verfahren zusammenzufassen.

Identifizierung des Kontoinhabers

Die Ansprecherinnen haben plausibel dargelegt, dass es sich beim Kontoinhaber um ihren Verwandten Julius Dembitz handelt. Der Name und der Wohnort ihres Verwandten stimmen mit dem veröffentlichten Namen und dem Wohnort des Kontoinhabers überein. Überdies führten die Ansprecherinnen aus, ihr Verwandter sei Ingenieur gewesen, was mit unveröffentlichten, aus den Bankunterlagen ersichtlichen Informationen über den Kontoinhaber übereinstimmt. Schliesslich stimmt auch der Name der Ehefrau des Verwandten der Ansprecherinnen mit dem der Bevollmächtigten überein. Das CRT stellt daher fest, dass es plausibel ist, dass es sich beim Verwandten der Ansprecherinnen und dem Kontoinhaber um die gleiche Person handelt.

Status des Kontoinhabers als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung

Die Ansprecherinnen haben plausibel dargelegt, dass der Kontoinhaber Opfer nationalsozialistischer Verfolgung war. Die Ansprecherinnen führten aus, der Kontoinhaber sei jüdisch gewesen und habe während des Zweiten Weltkriegs in Ungarn gelebt. Überdies sei der Kontoinhaber gezwungen worden, von 1944 bis 1945 in für Juden vorgesehenen Häusern zu wohnen und er sei später dazu gezwungen worden, in einem Ghetto zu wohnen.

Verwandtschaftsverhältnis zwischen den Ansprecherinnen und dem Kontoinhaber

Die Ansprecherinnen haben plausibel aufgezeigt, dass sie die Nachkommen des Kontoinhabers sind. Ansprecherinnen [ANONYMISIERT 2] und [ANONYMISIERT 3] reichten Kopien ihrer eigenen Geburtsurkunden ein, aus denen ersichtlich ist, dass sie die Töchter des Kontoinhabers sind. Ansprecherin [ANONYMISIERT 1] reichte Kopien von Geburtsurkunden und Trauscheinen ein, aus denen hervorgeht, dass sie die Enkelin des Sohns des Kontoinhabers ist. Überdies gaben die Ansprecherinnen an, sie seien die einzigen lebenden Nachkommen des Kontoinhabers.

Verbleib des Kontoguthabens

Gestützt auf Präzedenzfälle und auf die Verfahrensregeln wendet das CRT bestimmte Annahmen an, um zu bestimmen, ob die Kontoinhaber oder ihre Erben das Kontoguthaben ihrer Konten erhalten haben. Diese Annahmen sind unter Anhang A¹ aufgeführt. Das CRT stellt im vorliegenden Fall fest, dass die Annahmen (b), (c), (h), (i) und (j) anwendbar sind und es folglich plausibel ist, dass das Kontoguthaben weder dem Kontoinhaber noch der Bevollmächtigten oder deren Erben ausbezahlt wurde.

Grundlagen des Auszahlungsentscheids

Das CRT hat festgestellt, dass zu Gunsten der Ansprecherinnen ein Auszahlungsanspruch besteht. Erstens gehörte das beanspruchte Konto einem Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. Zweitens haben die Ansprecherinnen plausibel dargelegt, dass der Kontoinhaber der Vater der Ansprecherinnen [ANONYMISIERT 2] und [ANONYMISIERT 3] und der Urgrossvater der Ansprecherin [ANONYMISIERT 1] ist. Diese Verwandtschaftsverhältnisse rechtfertigen einen Auszahlungsentscheid. Schliesslich hat das CRT festgestellt, dass es plausibel ist, dass weder der Kontoinhaber noch seine Erben das Kontoguthaben des beanspruchten Kontos erhalten haben.

¹ Eine ausführliche Version von Anhang A ist auf der Webseite von CRT II ersichtlich – www.crt-ii.org

Zugesprochener Betrag

Aus den Bankunterlagen geht hervor, dass der Wert des Kontos im Jahr 1959 117.00 Schweizer Franken betrug. In Übereinstimmung mit Artikel 37(1) der Verfahrensregeln wird dieser Betrag um 225.00 Schweizer Franken erhöht. Dieser Betrag entspricht standardisierten Bankgebühren, die dem Konto zwischen 1945 und 1959 belastet wurden. Folglich beträgt der korrigierte Wert des vorliegenden Kontos 342.00 Schweizer Franken. Gemäss Artikel 35 der Verfahrensregeln wird, wenn der Wert eines Kontos unbekannter Kontoart weniger als 3'950.00 Schweizer Franken betrug, und auch für das Gegenteil keine plausiblen Beweise vorliegen, der Wert des Kontoguthabens auf 3'950.00 Schweizer Franken festgesetzt. Gemäss Artikel 37(1) der Verfahrensregeln errechnet sich der heutige Wert, indem man diesen Betrag gemäss Artikel 35 mit dem Faktor 12 multipliziert. Dies ergibt im vorliegenden Fall eine Auszahlungssumme von 47'400.00 Schweizer Franken.

Wenn das Kontoguthaben auf den in Artikel 35 der Verfahrensregeln festgelegten Annahmen basiert, erhalten Ansprecher gemäss Artikel 37(3)(a) der Verfahrensregeln zunächst eine Abschlagszahlung von 35% des zugesprochenen Betrags, können jedoch eine weitere Zahlung von bis zu weiteren 65% des zugesprochenen Betrags erhalten, wenn es vom U.S.-Gericht so bestimmt wird. Im vorliegenden Fall verwendete das CRT zur Berechnung des Kontoguthabens die in Artikel 35 der Verfahrensregeln festgelegten Annahmen. 35% des zugesprochenen Betrags entsprechen 16'590.00 Schweizer Franken.

Verteilung des Betrages

Gemäss Artikel 29 der Verfahrensregeln sind die Ansprecherinnen [ANONYMISIERT 1], [ANONYMISIERT 2] und [ANONYMISIERT 3] zu je einem Drittel am Betrag dieses Auszahlungsentscheids berechtigt.

Reichweite des Auszahlungsentscheids

Die Ansprecherinnen werden darauf hingewiesen, dass das CRT gemäss Artikel 25 der Verfahrensregeln weitere Untersuchungen betreffend ihre Anspruchsanmeldungen durchführen wird, um festzustellen, ob eine Berechtigung an weiteren Schweizer Bankkonten besteht. In diesem Zusammenhang werden ihre Angaben mit der Gesamtkonten-Datenbank (bestehend aus Daten von 4,1 Millionen Schweizer Bankkonten, die zwischen 1933 und 1945 bestanden) abgeglichen werden.

Auszahlung des zugesprochenen Betrags

Das CRT überweist diesen Auszahlungsentscheid zur Genehmigung an das U.S.-Gericht, so dass die Sonderbeauftragten die Auszahlung vornehmen können.

APPENDICE A

En l'absence de preuve plausible du contraire, le Tribunal présumera que les titulaires du compte ou leurs héritiers n'ont pas reçu les avoirs d'un compte revendiqué si une ou plusieurs des présomptions ci-dessous se vérifie¹ :

- a) le compte a été fermé et que les archives du compte démontrent que le titulaire du compte a fait l'objet de persécutions, ou si le compte a été fermé (i) après que l'obtention d'un visa suisse a été imposée le 20 janvier 1939 ou (ii) après la date d'occupation du pays de résidence du titulaire du compte, et avant 1945 ou avant l'année où le blocage des comptes imposé pour le pays de résidence du titulaire du compte a été supprimé (date la plus ancienne) ; ou
- b) le compte a été fermé après 1955, ou dix ans après l'année où le blocage des comptes imposé pour le pays de résidence du titulaire du compte a été supprimé (date la plus ancienne) ; ou
- c) le solde du compte a été grevé de frais et de commissions durant la période précédant sa clôture et que le dernier solde connu du compte était modique ; ou
- d) le compte a été déclaré lors d'un recensement d'avoirs juifs réalisé par les Nazis ou dans d'autres documents établi par les Nazis ; ou
- e) le compte a été revendiqué auprès de la banque après la Seconde Guerre mondiale lorsque la banque n'a pas admis cette revendication ; ou
- f) le titulaire de compte possédait d'autres comptes qui sont ouverts et en déshérence, en suspens, fermés et dont le solde a été porté à l'actif de la banque ou en raison du prélèvement de frais, ou dont les avoirs ont été versés aux autorités nazies ; ou
- g) le seul titulaire survivant du compte était un enfant à l'époque de la Seconde Guerre mondiale.
- h) le titulaire du compte et/ou ses héritiers n'auraient pas pu obtenir d'informations sur le compte de la part des banques suisses après la Seconde Guerre mondiale en raison de la pratique de ces dernières d'occulter ou de falsifier les informations concernant les comptes dans leurs réponses aux investigations entreprises par le titulaire du compte ou ses héritiers, par crainte de voir sa responsabilité doublement engagée² ; ou

¹ Voir Independent Commission of Experts Switzerland – Second World War, Switzerland, National Socialism and the Second World War : Final Report (2002) (ci-après : « Rapport final de la Commission Bergier ») ; voir également Independent Committee of Eminent Persons, Report on Dormant Accounts of Victims of Nazi Persecution in Swiss Banks (1999) (ci-après : « Rapport de l'ICEP »). Le CRT a aussi pris en compte plusieurs lois, décrets et pratiques adoptés par le régime nazi et les gouvernements d'Autriche, des Sudètes, du Protectorat de Bohême et de Moravie, de la Ville libre de Danzig, de Pologne, de la portion du territoire polonais incorporée au IIIe Reich, du Generalgouvernement de Pologne, des Pays-Bas, de Slovaquie et de France, et ayant permis la confiscation d'avoirs juifs à l'étranger.

² Voir également Rapport final de la Commission Bergier, pages 443-444, 446, ainsi que le Rapport de l'ICEP, pages 81-83 .

- i) le titulaire du compte ou ses héritiers résidaient dans un pays communiste d'Europe de l'Est après la Seconde Guerre mondiale ; et/ou
- j) il ne ressort pas des archives du compte que le titulaire du compte ou ses héritiers ont reçu les avoirs du compte³.

³ Comme décrit tant dans le Rapport final de la Commission Bergier que dans le Rapport de l'ICEP, les banques suisses détruisirent ou ne gardèrent pas les documents relatifs aux transactions effectuées sur les comptes existant du temps de l'Holocauste. Il existe des preuves que des destructions se sont produites après 1996, alors que la législation suisse interdisait la destruction de tels documents. Le Rapport final de la Commission Bergier fait état à la page 40 du cas de l'Union de Banques Suisses, qui détruisit des documents même après l'entrée en vigueur de l'arrêté fédéral du 13 décembre 1996. La destruction massive de ces documents s'est produite alors que les banques suisses savaient que des demandes en justice étaient et allaient continuer à être déposées contre elles en relation avec les avoirs de victimes de persécutions nazies qui périrent dans l'Holocauste et dont les avoirs furent: (i) indûment versés aux autorités nazies, voir *Albers v. Credit Suisse*, 188 Misc. 229, 67 N.Y.S.2d 239 (N.Y. City Ct. 1946) ; Rapport final de la Commission Bergier, pages 443, (ii) indûment versés aux gouvernements communistes polonais et hongrois, voir Rapport final de la Commission Bergier, pages 450-451, et probablement aussi à la Roumanie, voir Peter Hug-Marc Perrenoud, *Assets in Switzerland of Victims of Nazism and the Compensation Agreement with East Bloc Countries* (1997), et (iii) que les banques suisses usèrent pour leur propre bénéfice. Voir Rapport final de la Commission Bergier, pages 446-469. "Les demandes en restitution déposées par des survivants, par des héritiers ou, en leur nom, par les organisations de restitution, alimentèrent la discussion sur les fonds en déshérence après la guerre." Ibid., page 444 (page 426 de la traduction française). Les banques suisses continuèrent cependant les destructions à grande échelle et à faire obstacle aux demandes émanant des titulaires de comptes ou de leurs héritiers. Rapport de l'ICEP, Annexe 4, paragraphe 5 ; In re Holocaust Victim Asset Litig., 105 F. Supp.2d 129, 155-156 (E.D.N.Y. 2000). Ainsi, comme le relève le Rapport final de la Commission Bergier, page 446 (page 428 de la traduction française), « les services juridiques des grandes banques se concertèrent en mai 1954, sur l'attitude à adopter, afin de disposer d'un système de défense commun quelle que soit la nature des revendications ». De même, le Rapport de l'ICEP relève à la page 15, que les banques et leur Association exercèrent des pressions contre toute tentative de la part des autorités de se doter d'une législation qui aurait exigé la publication des noms des titulaires des comptes sans héritiers, législation qui, si elle avait été adoptée, aurait permis d'éviter les investigations de l'ICEP et la controverse de ces trente dernières années. De fait et dans le but de contrecarrer les effets d'une telle législation, l'Association suisse des banquiers encouragea les banques suisses à ne déclarer qu'un nombre de comptes inférieur à la réalité au cours de l'enquête de 1956. Le Rapport de l'ICEP contient à la page 90 la citation suivante, extraite d'une lettre du 7 juin 1956 de l'Association suisse des banquiers aux membres de son comité directeur : le maigre résultat de l'enquête contribuera, à n'en pas douter, à ce que la question [de cette législation] se résolve en notre faveur. " En conclusion, c'est l'appel au secret bancaire [...] qui motiva le plus souvent le rejet des prétentions des survivants de l'holocauste" (Rapport final de la Commission Bergier, page 455 et page 437 de la traduction française), lorsque les banques n'invoquaient pas à cette fin la prétendue inexistence d'informations, alors que la destruction massive de documents se poursuivit durant plus d'un demi-siècle. Dans ces circonstances, et en application des principes fondamentaux relatifs aux preuves contenus dans la législation des Etats-Unis et qui auraient été appliqués aux requêtes relatives aux avoirs en déshérence si la plainte collective avait poursuivi son cours devant les tribunaux, le CRT décide en défaveur des banques ayant détruit des documents relatifs aux comptes ou qui ne mettent pas ces documents à la disposition des administrateurs des requêtes. *Reilly v. Natwest Markets Group, Inc.*, 181 F3d 253, 266-268 (2nd Cir. 1999) ; *Kronisch v. United States*, 150 F3d 112, 126-128 (2nd Cir. 1998).